

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 11. November 2010

Wild von weit weg

Ob Martinsgans oder gespickter Weihnachts-Rehrücken: Mit der kalten Jahreszeit beginnt die Wildsaison, die ihren Höhepunkt an den Festtagen erreicht. Im Schnitt isst jeder Deutsche jährlich 800 Gramm Hirsch, Reh, Wildschwein oder Hase; insgesamt werden in der Bundesrepublik etwa 60.000 Tonnen Wild pro Jahr verzehrt. Allerdings stammen nur zwei Drittel aus hiesigen Wäldern: Im vergangenen Jahr kamen circa 20.000 Tonnen Wildfleisch aus dem Ausland. Der größte Lieferant ist Neuseeland, das knapp 30 Prozent der Wildflescheinfuhren beisteuert. Ursache

für die großen Importmengen ist die starke Nachfrage der Handelsketten, die die heimischen Jäger nicht befriedigen können. Denn in Deutschland müssen Schonzeiten eingehalten werden, in denen nicht gejagt werden darf. In Neuseeland dagegen züchten Farmer in Gehegen Wildtiere, die ausschließlich für den menschlichen Verzehr bestimmt sind. So ein Hirschbraten hat dann zwar eine halbe Weltreise hinter sich, bevor er in Deutschland auf dem Teller landet, doch dafür ist die Ware aus Übersee mitunter um die Hälfte billiger als Wildfleisch aus der Region.

In dieser Woche

Beamtenpensionen: Bund und Länder sind verpflichtet, die im Zuge der Föderalismusreform vereinbarten Schuldenbremsen einzuhalten. Für die Bundesländer gilt ab 2020 sogar ein striktes Neuverschuldungsverbot. Um dies zu erreichen, muss auch an den Beamtenpensionen gespart werden. Seite 2

Exporte & Importe: Die deutschen Exporteure können die Krise wohl bald zu den Akten legen. Die Ausfuhren von Vorleistungs- und Investitionsgütern, die zusammen nahezu drei Viertel aller Warenexporte ausmachen, erreichten im Spätsommer 2010 nahezu das Vorkrisenniveau. Seite 3

Lohnpolitik: Auch im Aufschwung besteht kein Anlass zu lohnpolitischen Nachschlagsdebatten. Denn die Löhne sind inmitten der Krise kräftig gestiegen – und das trotz des Produktivitätseinbruchs in der Industrie, der jetzt erst einmal wieder wettgemacht werden muss. Im Dienstleistungssektor ist der Spielraum für die Tarifpartner derzeit größer. Seite 4-5

Lohnlücke: Frauen verdienen im Schnitt in Deutschland immer noch weniger als Männer. Zu den zentralen Ursachen zählt, dass Frauen häufig andere Berufe wählen als Männer und längere Auszeiten vom Job nehmen. Berücksichtigt man diese Faktoren, ist der Lohnabstand zwischen den Geschlechtern nur noch relativ gering. Seite 6-7

Türkei: Die türkische Wirtschaft hat die globale Krise schnell abgehakt und ist zurück auf einem steilen Wachstumspfad. Zwei Hürden auf dem Weg zu mehr Wohlstand sind aber die nach wie vor hohe Inflation sowie die zunehmende Auslandsverschuldung. Seite 8

Wildfleisch: Weiter Weg zum Teller

So viele Tonnen Wildfleisch importierte Deutschland im Jahr 2009



**Hirsch-, Reh-
und anderes
Wildfleisch** **13.659**

davon aus	
EU-Ländern	5.500
Drittländern	8.159
– Neuseeland	5.927
– Südafrika	1.296
– Australien	798

**Wildimporte
insgesamt** **20.039**

**Wildfleisch-
verzehr
insgesamt** **60.000**

Kaninchen **4.418**

davon aus	
EU-Ländern	2.746
Drittländern	1.672
– China	1.587

Wildschweine **1.106**

davon aus	
EU-Ländern	464
Drittländern	642
– Australien	505
– USA	132

Hasen **856**

davon aus	
EU-Ländern	577
Drittländern	279
– Argentinien	205
– Uruguay	41
– China	33



2009: vorläufige Zahlen
 Quellen: Europäische Marketing Agentur GmbH, Bundesministerium für Ernährung,
 Landwirtschaft und Verbraucherschutz

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwwd 45

Beamtenpensionen

Der Staat muss sparen

Der Bund und die Bundesländer sind nach dem Grundgesetz verpflichtet, die im Zuge der Föderalismusreform vereinbarten Schuldenbremsen einzuhalten. Für die Bundesländer gilt ab 2020 sogar ein striktes Neuverschuldungsverbot. Dies wird aber schwer zu erreichen sein, wenn nicht auch an den Beamtenpensionen gespart wird.

Als sich Bundestag und Bundesrat im vergangenen Jahr auf die Einführung der Schuldenbremsen verständigten, war die Zustimmung landauf, landab groß. Doch Papier ist geduldig – in der Realität haben nicht zuletzt die Bundesländer noch einen langen und steinigen Weg zum „sauberen Haushalt“ vor sich:

Der Schuldenberg der Bundesländer einschließlich der Stadtstaaten belief sich zum Stichtag 30. Juni 2010 auf insgesamt 510,6 Milliarden Euro.

Ohne die Bundes- und kommunalen Schulden gerechnet muss damit jedes „Landeskind“ inzwischen Verbindlichkeiten in Höhe von 6.239 Euro schultern. Zwar haben einige Länder wie zum Bei-

spiel Bayern und Mecklenburg-Vorpommern neuen Schulden de facto bereits entsagt. Andere wiederum – etwa das Saarland und Schleswig-Holstein – stecken aber so tief im Schlamassel, dass sie vom Stabilitätsrat kontrolliert werden müssen, den Bund und Länder zu Jahresbeginn gemeinsam eingerichtet haben.

Auch wenn das Thema „Altersversorgung für Beamte“ für viele eine heilige Kuh ist – ihr Ziel, ohne neue Schulden auszukommen, können die Länder nur erreichen, wenn sie, wie es die gesetzliche Schuldenbremse vorsieht, die sogenannten strukturellen Lücken zwischen Einnahmen und Ausgaben schließen. Dazu müssen jedoch auch die stark steigenden Pensionslasten reduziert werden. Denn die Ausgaben für die aktiven und die ehemaligen Bediensteten sind der dickste Brocken in den öffentlichen Haushalten.

Im Haushaltsjahr 2009 beliefen sich die Personalausgaben der Bundesländer und Stadtstaaten auf 99,3 Milliarden Euro. Für 2010 sind 102,5 Milliarden Euro veranschlagt – das sind 34,6 Prozent aller Landesausgaben.

Ein Grund hierfür ist, dass die Länder unter anderem für die öffentliche Sicherheit und die Bildung zuständig sind – Polizisten und Lehrer sind Landesbedienstete. Daher stellen die Länder 1,2 Millionen beziehungsweise 74 Prozent aller Beamten. Aufgrund deren Altersstruktur und der demografischen Entwicklung werden zudem die Pensionslasten der Länder künftig deutlich zunehmen. Dann fließt ein immer größerer Anteil der Steuereinnahmen in die Gehälter und Pensionen der Staatsdiener, was die Konsolidierung der Landesetats erschwert.

So wird nach Berechnungen der Bundesregierung die Zahl der Pensionäre in den Bundesländern von 735.000 im Jahr 2010 auf mindestens

Beamte im Vorteil

Verschiedene gesetzliche Regelungen stellen Staatsdiener im Alter besser als andere Arbeitnehmer. Drei Beispiele:

1. Ein Beamter hat nach nur fünfjähriger Dienstzeit Anspruch auf eine Mindestpension von 1.365 Euro – ein Standardrentner kommt nach 45 Jahren Arbeits- und Beitragszeit lediglich auf 1.224 Euro.
2. Ein Pensionär erhält im Krankheitsfall 70 Prozent Beihilfe, muss also lediglich 30 Prozent der Kosten als Privatpatient selbst absichern. Ein Rentner zahlt dagegen 50 Prozent des Beitrags an die gesetzliche Krankenversicherung.
3. Studierten Beamten, die am Ende ihrer Laufbahn weniger als 40 Dienstjahre aufweisen, werden mindestens zwei Jahre und 125 Tage ihrer Hochschulausbildung pensionssteigernd anerkannt. Ein ebenso qualifizierter Rentner geht diesbezüglich leer aus.

1,02 Millionen 2020 steigen. Die Versorgungsausgaben klettern von 22,3 Milliarden Euro bzw. 10,8 Prozent aller Steuereinnahmen auf 34,2 Milliarden Euro.

Jeder neunte Steuer-Euro wird in Zukunft allein für die Pensionen ausgegeben werden müssen.

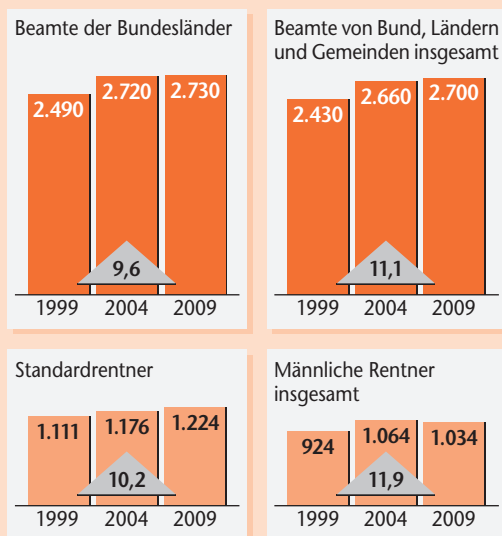
Der Trend zu einer überproportional zu den Steuereinnahmen steigenden Versorgungslast könnte gestoppt oder zumindest abgemildert werden. Dafür müsste aber das im Vergleich zur gesetzlichen Rentenversicherung deutlich höhere Versorgungsniveau der Beamtenpensionäre in Zukunft relativ sinken – und die Länder müssten sich dazu durchringen, einige nicht mehr zeitgemäße Privilegien der Beamten zu streichen (Kasten).

Auch wenn die Pensionsentwicklung zuletzt ähnlich verlaufen ist wie die der gesetzlichen Altersrenten (Grafik), bietet das Altersversorgungssystem der Beamten doch ein deutlich höheres Leistungsniveau als das der anderen Arbeitnehmer. Ließen sich aber im Zeitraum 2011 bis 2020 durch Eingriffe in das Pensionssystem 10 Prozent einsparen, so könnten die Länder insgesamt rund 28 Milliarden Euro zum Schuldenabbau nutzen.

Altersversorgung:
Beamte gut abgesichert

Durchschnittliche monatliche Bruttobezüge in Euro

▲ Anstieg von 1999 bis 2009 in Prozent



Standardrentner: Arbeitnehmer, die 45 Jahre lang den Durchschnittsverdienst erzielt und einen entsprechenden Rentenbeitrag gezahlt haben; männliche Rentner insgesamt: nur Westdeutschland
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Exporte & Importe: Wieder auf Kurs



Die deutschen Exporteure können die Krise wohl bald zu den Akten legen. Die Ausfuhren von Vorleistungs- und Investitionsgütern, die zusammen annähernd drei Viertel aller Warexporte ausmachen, erreichten im Spätsommer 2010 nahezu das Vorkrisenniveau.

Der Chef der Welthandelsorganisation, Pascal Lamy, hat das deutsche Wirtschaftsmodell gegen Kritik verteidigt und die Bundesrepublik zum Vorbild für andere Länder erklärt. In der Tat ist es erstaunlich, wie dynamisch der von der Industrie angetriebene Außenhandel die deutsche Wirtschaft aus der Krise gehievt hat. Seit dem Tiefpunkt im April 2009 haben die Warenausfuhren bis August 2010 um 27 Prozent zugelegt. Damit sind die Exporte bis auf 7 Prozent an jenen Höchststand herangerückt, der vor der Rezession im September 2008 erreicht wurde.

Generell ist dieser Trend in jeder der drei großen Warengruppen zu erkennen, die zusammen etwa 90 Prozent des Exports von Industrieerzeugnissen ausmachen. Den Herstellern von Vorleistungsgütern – z.B. Kunststoffe – sowie den Produzenten von Investitionsgütern – etwa Maschinen und Produktionsanlagen – hatte die Krise das Auslandsgeschäft zwar besonders stark verhegelt, diese Firmen konnten aber in jüngster Zeit besonders viel Boden gutmachen.

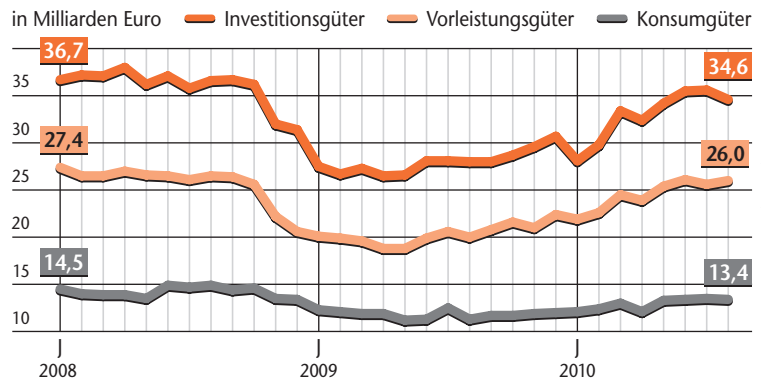
So haben die Ausfuhren von Vorleistungsgütern seit April 2009 um 38 Prozent zugelegt und lagen im August 2010 nur noch um gut 1 Prozent unter dem Niveau vor dem Einbruch im Herbst 2008. Bei den Investitionsgütern betrug das Plus seit Frühjahr 2009 gut 30 Prozent. Der Rückstand zum Vorkrisenniveau lag damit zuletzt noch bei knapp 6 Prozent.

Die Konsumgüterfirmen hatten dagegen unter der globalen Krise nicht ganz so stark zu leiden. Dafür ging es danach allerdings auch eher langsam aufwärts – von Mai 2009 bis August 2010 nahmen die Ausfuhren nur um knapp 20 Prozent zu.

Die Konjunktur

Exporte: Mit viel Kraft aus der Krise

Deutsche Warenausfuhren, saisonbereinigte Werte

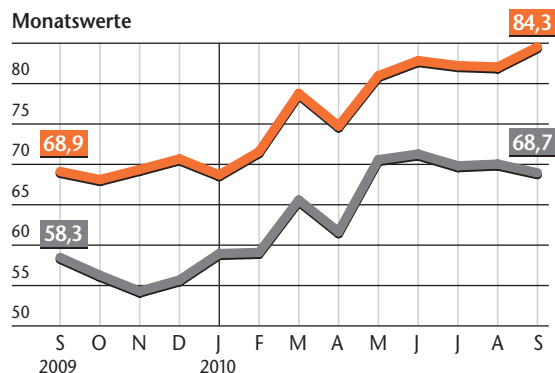


Quelle: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Deutscher Außenhandel

in Milliarden Euro



Jahreswerte

2007	965,2	769,9
2008	984,1	805,8
2009	803,5	667,4

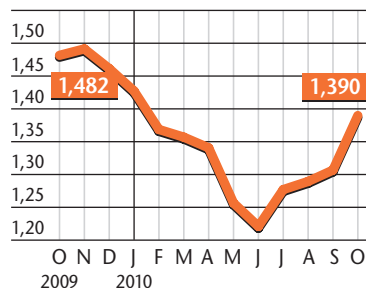
Außenhandel: Monatswerte saisonbereinigt

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, Europäische Zentralbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Der Wert des Euro

Wechselkurs – US-Dollar/Euro



Jahreswerte	2007	2008	2009
1 Euro = ...	1,371	1,471	1,395

Euro-Wechselkurse
im Oktober 2010

1 Euro sind ...	Oktober 2009	Veränderung in Prozent gegenüber ...	Euro-Start 4.1.1999
Dollar (USA)	1,390	-6,2	17,9
Yen (J)	113,7	-15,1	-15,0
Franken (CH)	1,345	-11,1	-16,8
Pfund (UK)	0,876	-4,3	23,3
Kronen (S)	9,279	-10,0	-2,0
Kronen (DK)	7,457	0,2	0,1

Monatsdurchschnitte; Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Europäische Zentralbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Lohnpolitik

Nachschlagsdebatten fehl am Platz

Auch im Aufschwung besteht kein Anlass, lohnpolitische Nachschlagsdebatten zu führen. Denn die Löhne sind inmitten der Krise kräftig gestiegen – und das, obwohl es in der Industrie einen Produktivitätseinbruch gab, der jetzt erst einmal wieder wettgemacht werden muss. Im weniger von der Wirtschaftskrise getroffenen Dienstleistungssektor ist der Spielraum für die Tarifpartner derzeit größer.

Traditionell legen Gewerkschaften ihren Lohnforderungen drei Komponenten zugrunde. Erstens wollen sie, dass ihre Mitglieder am wirtschaftlichen Fortschritt partizipieren. Zweitens soll die Teuerung ausgeglichen werden, damit von den Lohnerhöhungen auch real etwas im Portemonnaie übrigbleibt. Und drittens ist da noch eine nicht näher definierte Umverteilungskomponente: Wenn nach Auffassung von IG Metall und Co. die Gewinne zu stark und die Löhne zu schwach gestiegen sind, soll dies durch einen Extra-Bonus korrigiert werden.

Ein Blick auf die Lohnentwicklung der vergangenen Jahre zeigt indes, dass die Umverteilungskomponente in der tarifpolitischen Praxis nie eine Rolle gespielt hat. Einen Teuerungsausgleich konnten die Gewerkschaften ebenfalls nicht durchsetzen. Vielmehr folgten die Tarifparteien dem in den 1950er Jahren entwickelten Konzept der produktivitätsorientierten Lohnpolitik (Kasten). Dementsprechend sind Löhne und Gehälter über viele Jahre hinweg meist nicht stärker gestiegen als die Produktivität, also

die Wirtschaftsleistung je Beschäftigtenstunde (Grafik).

Dadurch blieben die Lohnstückkosten stabil und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wurde gestärkt.

Für die Arbeitnehmer hat sich die lohnpolitische Bescheidenheit in sicheren respektive mehr Jobs ausgezahlt.

Diese Entwicklung wurde 2008/09 im Zuge des Konjunkturerinbruchs allerdings jäh unterbrochen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank im Jahr 2009 preisbereinigt um 4,7 Prozent. Die Produktivität – also das reale BIP je Beschäftigtenstunde – ging um 2,2 Prozent zurück. Die Arbeitskosten erhöhten sich gleichwohl um 3,4 Prozent. Schon im Vorjahr waren die Arbeitskosten gestiegen, obwohl die Produktivität leicht rückläufig war. Damit war die Lohnpolitik inmitten des Abschwungs expansiv.

Eigentlich hätten die Löhne gemäß den bisher praktizierten lohnpolitischen Leitlinien sinken müssen: weniger Produktivität = weniger Geld = stabile Beschäftigung.

Einmaleins der Lohnpolitik

Die Faustformel, dass die Löhne in allen Branchen nicht stärker wachsen sollen als die Produktivität, hatte in den 1950er Jahren der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium in seinem Ansatz der produktivitätsorientierten Lohnpolitik vorgeschlagen.

Der Gleichschritt von Löhnen und Wirtschaftsleistung sollte das gesamtwirtschaftliche Preisniveau stabilisieren und Jobs sichern. Verteilungspolitische Ziele hätten demgegenüber zurückzustehen.

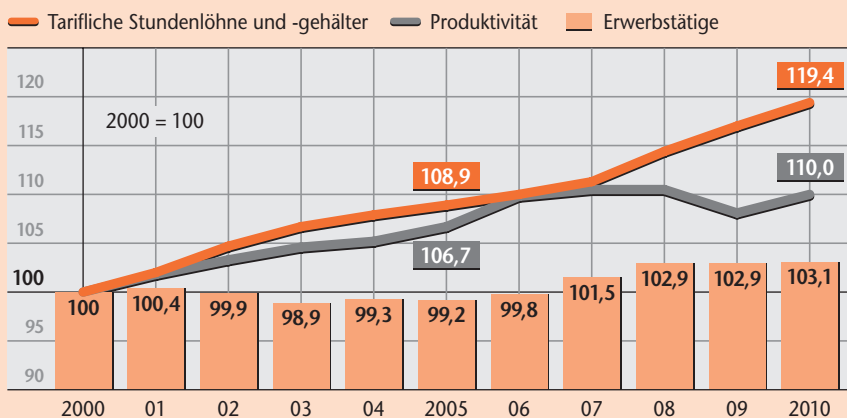
Im Laufe der Jahre hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung diesen Ansatz präzisiert. Demnach muss die Lohnpolitik vor allem drei Anforderungen genügen:

1. Kostenniveau-Neutralität sichern. Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird nicht nur von den Bruttolöhnen bestimmt. Auch die von den Arbeitgebern häufig zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge sind ein gewichtiger Kostenfaktor. Deshalb sollen sich nicht die Löhne allein, sondern die gesamten Arbeitskosten – also die Summe aus Löhnen und Sozialversicherungsbeiträgen – an der Produktivitätsentwicklung orientieren.

2. Entlassungsproduktivität herausrechnen. Wenn im Abschwung vor allem Personen mit der geringsten Leistungsfähigkeit entlassen werden, steigt die Produktivität der übrigen Arbeitskräfte im Durchschnitt an. Dieser Effekt lässt sich näherungsweise aus der Produktivitätsentwicklung herausrechnen. Der Sachverständigenrat nimmt diese Bereinigung regelmäßig in seinen Jahresgutachten vor.

3. Unterbeschäftigung abbauen. Wenn viele Menschen arbeitslos sind, dann bringt man durch den Parallellauf von Produktivität und Arbeitskosten diese Erwerbspersonen nicht zurück in den Beruf. Um Beschäftigung aufzubauen, muss vielmehr ein Teil des Produktivitätsfortschritts für den Stellenaufbau abgezweigt werden. Die Idee dahinter: Behalten die Unternehmen einen Teil des Produktivitätszuwachses, steigen die Gewinne, was die Ertragskraft stärkt und die Investitionsbereitschaft fördert. Wird mehr investiert, entstehen in der Regel auch mehr Arbeitsplätze.

Lohnpolitik: Augenmaß vor der Krise



2010: Prognose; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigtenstunde
Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Allerdings plädierte zuletzt kein Ökonom wirklich dafür, die Löhne im Abschwung parallel zur Produktivität zu kürzen und damit den privaten Konsum als Konjunkturstütze abzuwürfen.

Dass die Löhne in den Jahren 2008 und 2009 trotz sinkender Produktivität gestiegen sind, hätte sich sicherlich negativ auf die Beschäftigungsentwicklung ausgewirkt, wenn die Unternehmen zuvor nicht reichlich Eigenkapital gebildet hätten. Aus den Rücklagen haben die Firmen letztlich auch die Kurzarbeit finanziert. Das hat Entlassungen in größerem Ausmaß ungeachtet des lohnpolitischen Sündenfalls – höhere Löhne trotz sinkender Produktivität – verhindert.

Immerhin kostete die Kurzarbeit die Betriebe 2009 nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung mindestens 5 Milliarden Euro.

Weil die Lohnstückkosten – die Arbeitskosten je produzierter Gütereinheit – infolge der expansiven Lohnpolitik explodiert sind, stellt sich nun mitten im Aufschwung die Aufgabe, diese Ent-

wicklung zu korrigieren. Vor allem die Tarifpartner in der Industrie müssen abwägen, was möglich ist, um an die früheren beschäftigungspolitischen Erfolge anzuknüpfen (Kasten).

Die Fachwelt ist allerdings schon einen Schritt weiter. Sie diskutiert darüber, wie man bei den Lohnabschlüssen in Rezessionszeiten auf die sinkende Produktivität reagieren sollte. Eine Möglichkeit wäre, dass für einen Tarifabschluss nicht die jeweils für das nächste Jahr erwartete, sondern die sogenannte Trendproduktivität – also die über einen längeren vergangenen Zeitraum gemessene Produktivitätsentwicklung – zugrunde gelegt wird.

Damit sind jedoch neue Probleme verbunden: Man verschärft auch hier in der Krise das Kostenproblem der Firmen. Sie müssen höhere Arbeitskostenzuwächse schultern, als es durch die aktuelle Produktivitätsentwicklung angezeigt wäre. Außerdem ist in den vergangenen sieben Jahren die Produktivität im Durchschnitt um 0,7 Prozent gestiegen – entsprechend angepasste Löhne würden nicht einmal die Inflationsrate aus-

gleichen. Da Rezessionsjahre die Trendproduktivität außerdem längere Zeit beeinflussen, würde eine Reallohnsicherung schwierig.

Die derzeit praktizierte Lohnpolitik ist von daher vielleicht der realistischste Weg – zumal sich die Lohnzuwächse nicht nach der Branchenproduktivität, sondern nach der gesamtwirtschaftlichen Produktivität richten. Diese entwickelt sich gleichmäßiger, da Ausschläge in die eine oder andere Richtung eingeebnet werden. Denn von einem Abschwung sind – wie auch zuletzt wieder beobachtet – nicht alle Branchen gleichermaßen betroffen.

Für die Industrie bedeutet das: In einem Abschwung werden die Löhne nicht gesenkt, wenn die Branchenproduktivität schrumpft – im Aufschwung bleiben die Lohnerhöhungen dann aber auch hinter dieser Messgröße für die Wirtschaftskraft zurück.

Außerdem profitieren bei der gesamtwirtschaftlichen Orientierung alle Arbeitnehmer vom Wohlstandsgewinn – niemand wird abgekoppelt.

Löhne und Beschäftigung

Der Zusammenhang zwischen produktivitätsorientierter Lohnpolitik und Beschäftigung lässt sich besonders gut in der Industrie nachvollziehen.

Im Produzierenden Gewerbe sind die Lohnzuwächse zwischen 2004 und 2007 deutlich hinter dem Produktivitätsanstieg zurückgeblieben (Grafik). Dies hat dazu geführt, dass der Beschäftigungsabbau ab 2006 umgekehrt wurde und neue Jobs entstanden.

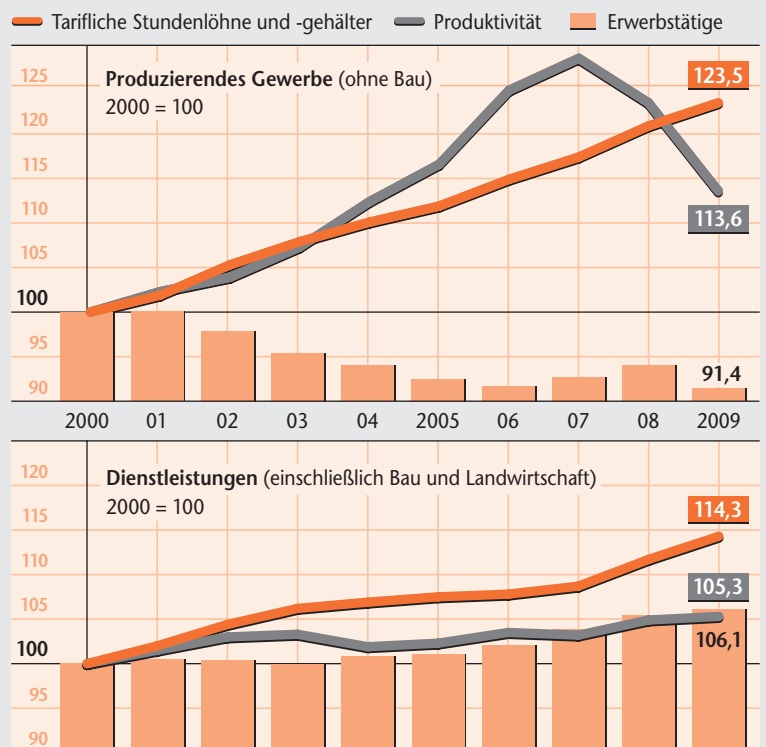
Dass die Beschäftigung in der Krise nur wenig einbrach, ist dem massiven Einsatz von Kurzarbeit zu verdanken, der wiederum aus den Gewinnen der Vorjahre finanziert werden konnte.

In den Jahren 2008 und 2009 sind die Löhne aber trotz sinkender Wertschöpfung kräftig gestiegen, die Lohnstückkosten kletterten allein 2009 um 14,4 Prozent nach oben. Können die Betriebe diesen Anstieg nicht auf ihre Preise überwälzen, ist erst einmal Lohnzurückhaltung angesagt, bis das Kostenniveau wieder vertretbar ist.

Im Dienstleistungssektor fallen die Lohnzuwächse durchweg höher aus als die Produktivitätsgewinne der Branche. Trotzdem wurde in den meisten Jahren Beschäftigung aufgebaut.

Des Rätsels Lösung: Die Dienstleister brauchen weniger Gewinne, um ihren Kapitalstock zu refinanzieren. Außerdem stehen sie in der Regel weniger stark im internationalen Wettbewerb und können daher steigende Kosten besser über höhere Preise auf die Verbraucher abwälzen.

Lohnpolitik: Industrie hielt sich zurück



Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigtenstunde
 Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

i7 Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Forschungs- förderung für den Mittelstand

Stich
wort

Kleine und mittlere Unternehmen sind das Herz der deutschen Wirtschaft. Mehr als 99 Prozent aller Firmen gehören in diese Größenklasse. Der Anteil dieser Unternehmen an allen Forschungsausgaben der deutschen Wirtschaft liegt aber nur bei etwa 15 Prozent. Damit die Firmen trotz des Wettbewerbsdrucks im Markt bestehen bleiben können, müssen sie ihre Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten stärken. Dabei leistet die in Köln ansässige Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AiF) Unterstützung. Sie verteilte im Jahr 2009 über 400 Millionen Euro Fördergelder des Bundes für solche Zwecke.

Unter anderem fördert die AiF Forschungsk Kooperationen, denn gerade für mittelständische Unternehmen kann es sinnvoll sein, Forschungsprojekte gemeinsam durchzuführen. Die Kosten dafür werden geteilt und das Risiko von Fehlinvestitionen wird gestreut. Die Basis für einen Dialog der Unternehmen untereinander bildet dabei das sogenannte „Innovationsnetzwerk“ kleiner und mittlerer Unternehmen, welches die AiF seit ihrer Gründung im Jahr 1954 nach und nach aufgebaut hat. Heute umfasst das Netzwerk rund 100 Unternehmensverbände mit insgesamt 50.000 kleinen und mittleren Unternehmen sowie 700 Forschungsstellen.

Auch die anwendungsorientierte Forschung, wie sie vorrangig an Fachhochschulen betrieben wird, kommt vor allem mittelständischen Unternehmen zugute. Die AiF fördert deshalb im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Kooperationen zwischen Fachhochschulen und Unternehmen. Dafür kann sie neben Bundesmitteln Zuwendungen der Europäischen Union und der Länder einsetzen.

In den 1960er Jahren wurde der Name der AiF um den Zusatz „Otto von Guericke“, ihren Namenspatron, erweitert. So, wie sich Guericke im politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich engagierte, sieht sich auch die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen „Otto von Guericke“ als Knotenpunkt von Theorie und Praxis. Jährlich vergibt die AiF den mit 5.000 Euro dotierten Otto von Guericke-Preis für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der industriellen Gemeinschaftsforschung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Weitere Informationen: www.aif.de

Lohnlücke

Knackpunkt Kinderbetreuung

Frauen verdienen im Schnitt in Deutschland immer noch weniger als Männer. Zu den zentralen Ursachen zählt, dass Frauen häufig andere Berufe wählen als Männer und längere Auszeiten vom Job nehmen. Berücksichtigt man diese Faktoren, ist der Lohnabstand zwischen den Geschlechtern nur noch relativ gering.*)

Seit drei Jahren verkündet das Statistische Bundesamt die gleiche Nachricht: Frauen verdienen in Deutschland im Schnitt fast ein Viertel weniger als Männer. Und nicht nur das – in den meisten anderen Ländern der Europäischen Union ist die Lohnlücke deutlich geringer.

Welche Ursachen gibt es für die Lohnunterschiede? Eine erste Antwort auf diese Frage lieferten die Statistiker aus Wiesbaden vor wenigen Wochen selbst – denn sie differenzierten die Lohnlücke zum ersten Mal nach dem Alter der Frauen und Männer (Grafik):

Während 20-jährige Arbeitnehmerinnen im Durchschnitt noch fast genauso viel verdienen wie gleichaltrige Arbeitnehmer, steigt die Lohnlücke mit fortschreitendem Alter sukzessive an. Bei den 60-Jährigen ist sie mit rund 30 Prozent am größten.

Die Lohnschere zwischen Frauen und Männern öffnet sich etwa ab einem Alter von 30 Jahren – exakt dem Zeitpunkt, zu dem viele Frauen ihr erstes Kind bekommen und eine Auszeit nehmen.

Solche Unterschiede in den Biografien werden bei der Berechnung der durch-

schnittlichen geschlechtsspezifischen Lohnlücke – Fachleute sprechen vom Gender Pay Gap – nicht berücksichtigt. Üblicherweise stellt die amtliche Statistik nur die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Frauen den entsprechenden Verdiensten der Männer gegenüber – und erhält als Ergebnis die sogenannte unbereinigte Lohnlücke.

Nun hat das Statistische Bundesamt zum ersten Mal einen Lohnvergleich vorgelegt, der solche Ungenauigkeiten herausfiltert – indem Frauen und Männer unter anderem mit dem gleichen Qualifikationsniveau, der gleichen Berufserfahrung, der gleichen Branchenzugehörigkeit und der gleichen Tätigkeit miteinander verglichen wurden. Das Resultat:

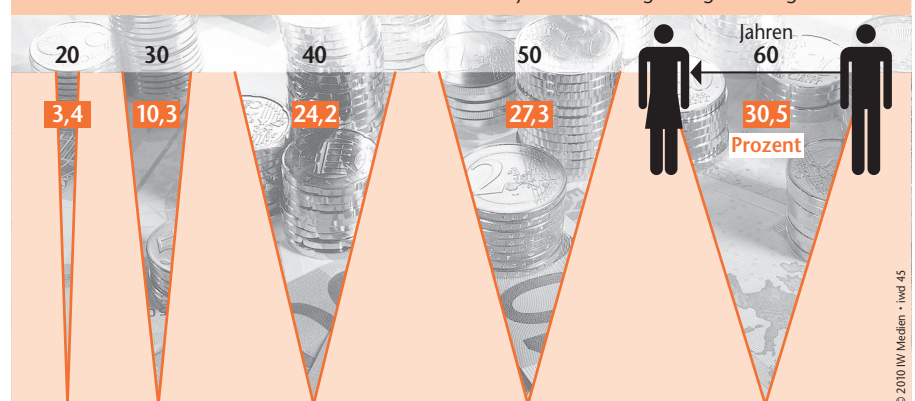
Im Jahr 2006 betrug die bereinigte Lohnlücke zwischen Männern und Frauen 8 Prozent.

Wahrscheinlich war die bereinigte Lohndifferenz sogar geringer, denn das Statistische Bundesamt hat bei seinen Berechnungen nicht alle relevanten Ein-

*) Christina Anger, Jörg Schmidt: Gender Pay Gap: Gesamtwirtschaftliche Evidenz und regionale Unterschiede, in: IW-Trends 4/2010

Lohnlücke: Mit den Jahren immer größer

So viel Prozent verdienen Frauen im Alter von ... brutto je Stunde weniger als gleichaltrige Männer



Stand: 2006 (aktuellste Daten); Durchschnittsalter von Frauen bei Geburt ihres ersten Kindes: 30,1 Jahre
Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

flussfaktoren berücksichtigen können – so fehlten etwa die Daten zu Erwerbsunterbrechungen von Frauen und Männern.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat die bereinigte Lohnlücke auf der Basis von Daten des Sozio-ökonomischen Panels mit Angaben von rund 22.000 Personen aus dem Jahr 2008 berechnet und zudem ermittelt, welche Faktoren einen entscheidenden Einfluss auf die Höhe der Lohnlücke haben. Das Ergebnis:

Bei gleicher Qualifikation, gleicher Berufserfahrung, gleicher Unternehmensgröße, gleichem beruflichen Status sowie weiteren vergleichbaren Bedingungen betrug der Lohnabstand von Frauen zu Männern knapp 13 Prozent.

Unterscheidet man dann noch einmal zwischen Frauen, die in ihrem Erwerbsleben besonders lange und jenen, die besonders kurze Unterbrechungen aufweisen, zeigt sich: Frauen, die nach einer Babypause sehr schnell wieder in den Beruf zurückkehrten, mussten im Schnitt nur eine Lohnlücke von 4 Prozent in Kauf nehmen. Diese Größe ist – statistisch betrachtet – nicht mehr signifikant und kann möglicherweise auf Zufälligkeiten beruhen.

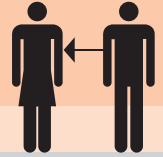
Ein wichtiger Grund für das unterschiedliche Lohngefüge zwischen Männern und Frauen sind also ganz offensichtlich Unterbrechungen des Erwerbslebens – sei es, um ein Kind zu versorgen, um Eltern zu pflegen oder aus anderen Gründen.

In diese Richtung deutet auch der Einfluss des Wohnsitzes auf das Lohngefüge. Frauen, die in Ostdeutschland leben und arbeiten, verdienen zwar ebenfalls weniger als ihre männlichen Kollegen, aber die Lohnlücke fällt dort kleiner aus als im Westen. Dieser Umstand ist unter anderem der weitaus besseren Kinderbetreuungsinfrastruktur geschuldet, die es mehr jungen Müttern als im Westen ermöglicht, relativ früh nach der Geburt eines Kindes ins Erwerbsleben zurückzukehren.

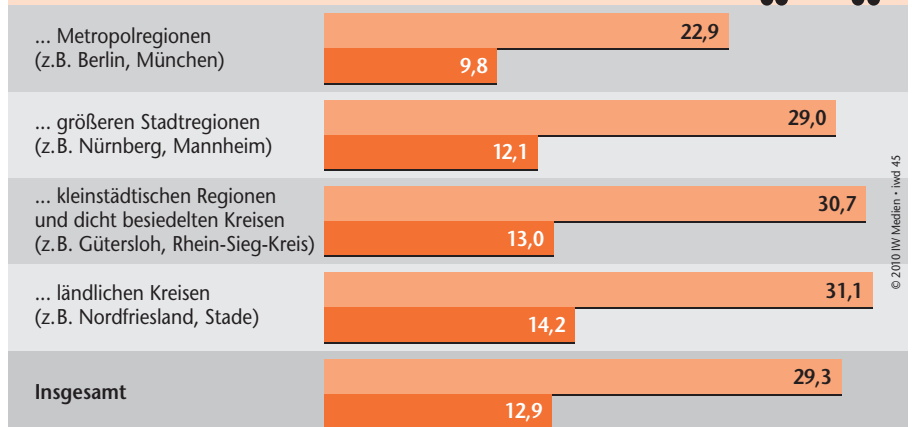
Die Lohnunterschiede variieren aber nicht nur zwischen Ost und West, sondern hängen auch von der Region ab, in der jemand lebt. Tendenziell ist der Lohnabstand in Großstädten geringer als auf dem Land (Grafik):

Lohnlücke: In Großstädten kleiner

So viel Prozent verdienten Frauen im erwerbstätigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren im Jahr 2008 weniger als Männer in ...



Unbereinigte Lücke Bereinigte Lücke



Unbereinigte Lohnlücke: Differenz der durchschnittlichen Bruttostundenlöhne von allen Frauen und Männern; bereinigte Lohnlücke: Differenz der durchschnittlichen Bruttostundenlöhne von Frauen und Männern mit gleichem Qualifikationsniveau, gleicher Berufserfahrung, gleicher Betriebszugehörigkeit usw. Ursprungsdaten: Sozio-ökonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die bereinigte Lohnlücke beträgt in Metropolen knapp 10 Prozent. In ländlichen Kreisen verdienen Frauen dagegen im Schnitt rund 14 Prozent weniger als ihre vergleichbaren männlichen Kollegen.

Ursache hierfür ist, dass sich auf dem Lande die Erwerbsbiografien von Mann und Frau stärker unterscheiden. In Städten gleichen sich die Ausbildungs- und Erwerbsprofile von Männern und Frauen mehr als in ländlichen Gebieten, wo etwa die Bildungsniveaus zwischen den Geschlechtern weiter voneinander abweichen und Frauen auch häufiger in kleineren Unternehmen arbeiten, wo in der Regel auch die Verdienste geringer sind.

Wie die IW-Studie zeigt, kommen Lohnunterschiede aber auch deshalb zustande, weil berufstätige Frauen im bundesweiten Durchschnitt seltener einen Hochschul- oder Meisterabschluss aufweisen als Männer. Hinzu kommt, dass Männer häufiger leitende Positionen bekleiden, sie seltener Teilzeit, dafür aber öfters in größeren Unternehmen arbeiten als Frauen. In der Regel kommen Männer auch auf längere Zeiten der Berufserfahrung und Betriebszugehörigkeit, was ebenfalls Gehaltsvorsprünge nach sich zieht.

Um die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu reduzieren, sind daher vorrangig Ansatzpunkte erfolverspre-

chend, die bei den unterschiedlichen Verhaltensmustern von Frauen und Männern ansetzen:

- **Chancenreiche Berufe wählen.** Frauen sollten sich bei ihrer Berufswahl verstärkt für bislang männertypische Berufe begeistern: Das MINT-Segment (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) etwa bietet hervorragende Beschäftigungsperspektiven und hohe Verdienstmöglichkeiten.

- **Erwerbspausen verkürzen.** Unter Lohnaspekten ist es ratsam, kindbedingte Auszeiten möglichst kurz zu halten. Denn wer dem Job lange fernbleibt, verliert berufs- und betriebspezifisches Wissen – und muss mit weniger Gehalt rechnen. Daher sollten die Betreuungsangebote für die ganz Kleinen sowie die Ganztagschulen weiter ausgebaut werden. Denn nur, wenn der Nachwuchs in guten Händen ist, können Eltern – sofern sie dies möchten – nach einer Erwerbsunterbrechung mit einer möglichst hohen Arbeitsstundenzahl in den Beruf zurückkehren.

- **Betreuungszeiten gleichmäßiger verteilen.** Wenn Paare Eltern werden, nehmen Frauen häufiger Erwerbspausen als Männer. Wenn diese Auszeiten jedoch auf beide Elternteile gleichmäßiger verteilt würden, ließe sich auch die Lohnlücke reduzieren. Einen wirtschaftlichen Anreiz bieten zum Beispiel die Vätermonate im Rahmen des Elterngelds.

Türkei

Boom am Bosphorus

Die türkische Wirtschaft hat die globale Krise schnell abgehakt und ist zurück auf einem steilen Wachstumspfad. Zwei Hürden auf dem Weg zu mehr Wohlstand sind aber die nach wie vor hohe Inflation sowie die zunehmende Auslandsverschuldung.

Im September dieses Jahres überraschte die Türkei die Weltöffentlichkeit mit einer Verfassungsreform, die unter anderem das Parlament und die Zivilgerichte stärkt. Politisch ist am Bosphorus also einiges in Bewegung – die wirtschaftliche Dynamik kann sich ohnehin sehen lassen. Im Schnitt der Jahre 2000 bis 2008 legte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 4,4 Prozent zu. Die anschließende globale Wirtschaftskrise traf die Türkei zwar ebenfalls hart – die Wirtschaftsleistung schrumpfte 2009 um fast 5 Prozent. Doch inzwischen lacht über Anatolien längst wieder die Konjunktursonne (Grafik):

Das reale BIP der Türkei wird in diesem Jahr voraussichtlich um fast 8 Prozent wachsen, für das kommende Jahr erwartet der Internationale Währungsfonds ein Plus von knapp 4 Prozent.

Angetrieben wird die Wirtschaft dabei vor allem vom privaten Konsum und den Investitionen. Der Aufschwung versetzt die rund 73 Millionen Türken offenbar in Kauflaune – ihre Ausgaben für Güter

des täglichen Bedarfs sowie für größere Anschaffungen dürften 2010 real um mehr als 5 Prozent steigen.

Auch die Unternehmen zwischen Istanbul und Antalya haben wieder Mut gefasst. Nach einem drastischen Rückgang im Jahr 2009 dürften ihre Investitionen in diesem Jahr preisbereinigt um nahezu 16 Prozent zulegen. Dazu hat auch die türkische Zentralbank beigetragen, die die Zinsen niedrig hält und dadurch den wirtschaftlichen Aufwärtstrend stützt.

Zwei Themen bereiten den Türken allerdings nach wie vor Sorgen:

- **Inflation.** Die Teuerung ist ein hartnäckiges Problem. Seit Anfang des Jahrzehnts sind die Verbraucherpreise jahresdurchschnittlich um mehr als 18 Prozent gestiegen. Auch 2010 dürfte die Inflationsrate noch fast 9 Prozent erreichen. In anderen Schwellenländern wie etwa Brasilien liegt die Preissteigerungsrate derzeit nur bei etwa 5 Prozent.

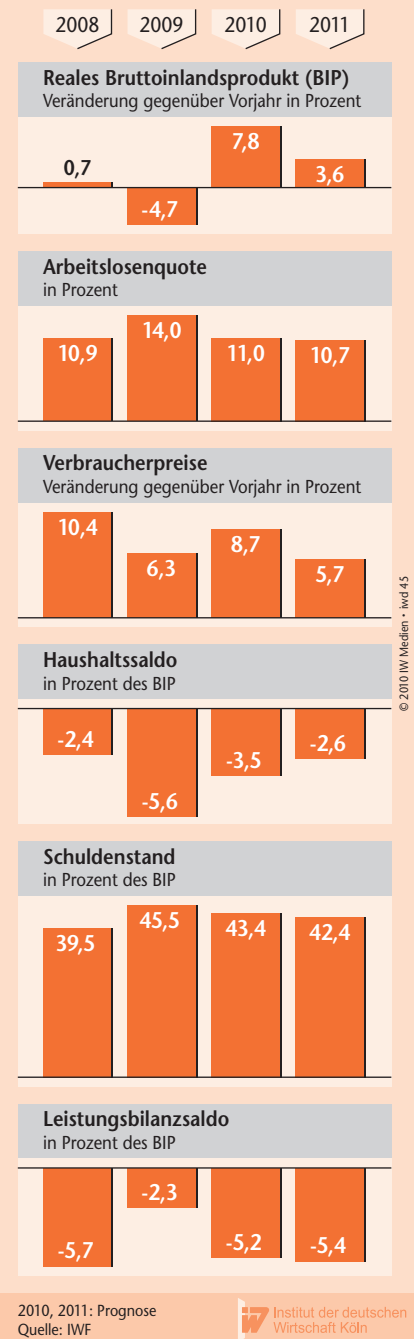
Die rasche Geldentwertung lässt die realen Ersparnisse der türkischen Haushalte schrumpfen und erschwert damit den Weg zu mehr Wohlstand. Dabei ist hier noch viel Luft nach oben:

Das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Einwohner beträgt in der Türkei umgerechnet lediglich rund 9.000 Euro im Jahr.

Zum Vergleich: Das ärmste Land der Eurozone, die Slowakei, kommt auf 15.000 Euro.

- **Außenhandel.** Zwar werden die Exporte in diesem Jahr um rund 6 Prozent wachsen, doch die Importe nehmen aufgrund des türkischen Wirtschaftsbooms mit 17 Prozent deutlich stärker zu. Folglich weist die Bilanz des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland ein dickes Minus auf:

Das chronische Defizit der türkischen Leistungsbilanz wird sich in diesem Jahr auf mehr als 5 Prozent des BIP belaufen.

Türkei:
Sorgenkind Inflation

Dies bedeutet, dass die Türken mehr Waren und Dienstleistungen konsumieren, als ihre Wirtschaft zur Verfügung stellt – der Preis dafür ist eine wachsende Auslandsverschuldung.

Für Adressaufkleber